

Datum: 26.08.2026
Autor: Peter Bickel
Kategorien: Politik & Macht, Staat & Verwaltung
Tags: Koalition, Mitte, Verantwortung, Verwaltung

Die Zuckersteuer – Kontrollverlust statt politischer Führung

„Ein Minister, der seinen Apparat nicht führt, wird irgendwann von seinem Apparat vorgeführt.“

Es gibt Momente, in denen ein politisches Vorhaben größer wird als sein eigentlicher Gegenstand. Die geplante Zuckersteuer ist ein solcher Moment.

Ursprünglich ging es um eine ziemlich einfache Frage: Wie kann man den Konsum stark zuckerhaltiger Getränke bzw. Lebensmittel reduzieren? Eine vernünftige gesundheitspolitische Frage, über deren Antwort man streiten kann. Man könnte über Aufklärung sprechen, über Kennzeichnung, über die Rezepturen der Hersteller oder eben über eine Steuer, die sich möglichst unmittelbar am Zuckergehalt orientiert.

Doch das Bundesfinanzministerium unter Lars Klingbeil hat aus dieser überschaubaren Frage inzwischen ein monströses Steuerkonzept gemacht. Nach dem bekannt gewordenen Eckpunktepapier sollen neben klassischen zuckerhaltigen Getränken unter anderem Säfte, Eistees, Smoothies, Fertigkaffees, pflanzliche Getränke und sogar mit Süßstoffen gesüßte Getränke erfasst werden. Die Steuer soll je nach Zuckergehalt zwischen 26 und 38 Cent pro Liter betragen.

Das muss man erstmal sacken lassen.

Ausgerechnet jetzt.

Deutschland hat wirtschaftlich zu kämpfen. Die Menschen sorgen sich um Armut, soziale Ungleichheit und Inflation. 85 Prozent der Deutschen sagen im Juli 2026 laut Ipsos, das Land bewege sich in die falsche Richtung; 79 Prozent bewerten die wirtschaftliche Lage als schlecht.

Und was fällt der Bundesregierung ein?

Eine neue Steuer.



Nicht auf Luxus. Nicht auf Spekulation. Nicht auf organisierte Steuerkriminalität. Sondern auf Getränke und Lebensmittel des täglichen Lebens.

Das ist politisch nicht nur ungeschickt. Es ist ein bemerkenswertes Beispiel dafür, wie sehr politische Führung und gesellschaftliche Wirklichkeit auseinanderfallen können.

Das Problem ist nicht der Zucker. Das Problem ist die Führung

Man kann für eine Zuckersteuer sein. Natürlich kann man das.

Wer gesundheitliche Schäden durch übermäßigen Zuckerkonsum reduzieren will, hat dafür gute Argumente. Auch eine Lenkungssteuer kann ein legitimes Instrument sein.

Aber genau deshalb stellt sich die Frage, warum aus einem klaren gesundheitspolitischen Ziel ein derart allumfassendes Steuerkonstrukt werden muss.

Wenn Zucker das Problem ist, warum wird dann nicht konsequent beim Zucker angesetzt?

Denn je größer der Steuergegenstand wird, desto größer werden auch die Möglichkeiten für Eingriffe, Auslegung und Kontrolle durch Finanz- und Steuerbehörden. Und je komplexer die eigene Gesetzgebung wird, desto mehr Ressorts, Arbeitsgruppen und Taskforces braucht es, um sie selbst zu kontrollieren und im Detail zu operationalisieren.

Frösche sollte man ja auch nicht nach Vorschlägen zur Trockenlegung eines Biotops fragen – so ein altes Sprichwort.

Klingbeil weist den Vorwurf zurück, die Steuer diene auch als zusätzliche Einnahmequelle, und betont ihre gesundheitspolitische Zielsetzung.

Aber politische Führung besteht nicht darin, eine solche Kritik zurückzuweisen.

Politische Führung besteht darin, gar nicht erst den Eindruck entstehen zu lassen, dass das Instrument seinem Zweck davonläuft.

Und genau hier beginnt das eigentliche Problem.



Ein guter Minister macht aus einem einfachen Ziel keine komplizierte Maschine.

Er stellt frühzeitig die Frage nach dem einfachsten wirksamen Instrument und kontrolliert seine Staatssekretäre. Er begrenzt seine Verwaltung. Er verlangt Verhältnismäßigkeit. Er unterscheidet zwischen dem, was fachlich möglich wäre, und dem, was politisch sinnvoll ist.

Ein Déjà-vu: Die Causa Habeck

Man muss den Vergleich mit Robert Habeck nicht erst suchen – er ist offensichtlich und bestätigt die ideologische bedingte chronische Unfähigkeit der politisch Linken in Deutschland.

Auch beim Heizungsgesetz war das ursprüngliche Ziel richtig: Deutschland sollte seine Abhängigkeit von fossilen Heizungen reduzieren.

Das Problem begann dort, wo aus einem politischen Ziel ein Regelungsapparat wurde, der immer größer, komplizierter und schwerer vermittelbar wurde. Die politische Führung verlor dabei zunehmend die Deutungshoheit über das eigene Projekt.

Und dann geschah das, was in solchen Situationen zwangsläufig geschieht: Das Ministerium wurde zum Gegenstand der politischen Debatte, statt das Instrument der politischen Lösung zu sein.

Indiskretionen, interne Auseinandersetzungen und die offensichtliche Schwierigkeit, den eigenen Apparat zu kontrollieren, machten Habecks Führungsschwäche öffentlich sichtbar – es war der Anfang vom Ende.

Der Dolchstoß aus dem eigenen Ministerium

Jetzt sehen wir in Sachen Zuckersteuer dasselbe Muster.

Und genau deshalb ist der Vorgang rund um das Ministerium von Lars Klingbeil so interessant. Es scheint nicht um eine einzelne Steuer zu gehen, es scheint ein grundsätzliches Thema zu geben.

Besonders interessant ist dabei, dass der erste Dolchstoß nicht aus der Opposition kam. Er kam aus dem eigenen Haus.

Lars Klingbeil scheint offensichtlich sein Ministerium unzureichend zu führen – oder der Apparat hat sich entschieden die Führung zu übernehmen. Vom Kommandanten zum Pressereferenten – der



politische Absturz des Lars Klingbeil hat begonnen und die Zündschnur wurde in seinem eigenen Ministerium angesteckt.

Ein Entwurf trägt eine Handschrift - Richtungslosigkeit

Natürlich ist das jetzt bekannt gewordene Papier noch kein Gesetz. Die Bundesregierung wird darüber beraten, verändern, streiten und vielleicht manches wieder verwerfen.

Aber Entwürfe zeigen die Richtung. Sie zeigen, wie ein Minister gebrieft wurde, ob Staatssekretäre verstanden haben, was politisch gewollt ist, und ob die nachgeordneten Beamten diesen politischen Auftrag verstanden haben und loyal umsetzen.

Wer ein Haus baut, wartet auch nicht bis zum Richtfest, um zu prüfen, ob der Architekt eigentlich in die richtige Richtung geplant hat.

Also müssen wir davon ausgehen, dass der erste Entwurf zumindest etwas über die politische Führung aussagt. Er zeigt, wie das Problem im eigenen Haus verstanden wird. Er zeigt, was wichtig genommen wird, welche Grenzen gezogen werden – und welche nicht.

Wenn dieser erste Entwurf bereits aus einem einfachen gesundheitspolitischen Ziel ein Monstrum macht, dann ist das politisch relevant.

Denn entweder ist die Richtung falsch - oder die politische Führung hat nicht ausreichend zugehört.

Oder sie hat ihrer Verwaltung nicht klar genug gesagt, wo die Grenzen liegen.

Besonders schlimm: Keiner der Erklärungsversuche ist für einen Minister sonderlich schmeichelhaft.

Deep Administration lässt grüßen

Genau hier liegt die Verbindung zu dem, was ich vor einigen Monaten, damals im kommunalpolitischen Kontext, als **Deep Administration** beschrieben haben.

Damit ist nicht die absurde Vorstellung gemeint, dass Beamte heimlich die Republik übernehmen. Das wäre eine Karikatur.

Das Problem ist subtiler. Ein Ministerium beschäftigt hochqualifizierte Menschen. Es gibt Referate, Abteilungen,



Staatssekretäre, Experten, Gutachter und Arbeitsgruppen. Jeder Einzelne verfolgt seine Aufgabe mit großer Ernsthaftigkeit.

Aber aus vielen ernsthaften Einzelinteressen entsteht noch lange keine gute Politik.

Ohne politische Führung produziert Kompetenz irgendwann Komplexität. Dann wird aus einer einfachen Frage ein Verfahren, aus einem Verfahren ein Regelwerk und aus dem Regelwerk ein politisches Problem.

Genau deshalb ist der Vorwurf des Kontrollverlusts hier so ernst zu nehmen.

Nicht weil irgendjemand im Finanzministerium „gegen“ den Minister arbeiten müsste. Sondern weil ein Ministerium, das nicht mehr erkennbar zwischen Ziel und Mittel unterscheiden kann, offensichtlich nicht ausreichend geführt wird.

Und dann gibt es nur zwei Möglichkeiten:

Entweder Lars Klingbeil wollte dieses Konzept. Dann muss er es politisch verantworten.

Oder er wollte es nicht. Dann stellt sich die wesentlich unangenehmere Frage, warum es unter seiner Führung überhaupt so weit gekommen ist.

Und das alles in diesem Land?

Die politische Blindheit wird noch größer, wenn man auf die Stimmung im Land schaut.

Laut Ipsos im Juli 2026 sind Armut und soziale Ungleichheit mit 32 Prozent derzeit die größte Sorge der Deutschen. Es folgen Einwanderung mit 29 Prozent und Inflation mit 28 Prozent. 79 Prozent bewerten die wirtschaftliche Lage als schlecht.

Das sind keine abstrakten Zahlen. Das sind Menschen, die rechnen. Mit ihrem Einkommen. Mit ihrer Miete. Mit ihren Lebensmitteln. Mit ihren Energiekosten. Mit dem, was am Ende des Monats übrig bleibt.

Und in genau dieser Situation kommt das Finanzministerium mit einer neuen Steuer auf Alltagsgetränke um die Ecke.

Man kann das gesundheitspolitisch begründen. Man kann es fiskalisch begründen. Man kann es technisch begründen.



Aber man kann nicht so tun, als hätte es nichts mit mangelndem politischem Fingerspitzengefühl zu tun.

Denn Politik besteht nicht nur darin, Recht zu setzen.

Politik besteht auch darin, den richtigen Zeitpunkt zu erkennen. Und wer in einer wirtschaftlich verunsicherten Gesellschaft ausgerechnet jetzt mit zusätzlicher Belastung für den Alltag auftritt, braucht dafür eine verdammt gute Erklärung.

Die hat das Finanzministerium bislang nicht geliefert.

Die Zuckersteuer als letzte Warnung

Die eigentliche Frage lautet längst nicht mehr, ob Deutschland weniger Zucker konsumieren sollte.

Die eigentliche Frage lautet: Warum ist diese Regierung nicht in der Lage, ein überschaubares Problem mit einem überschaubaren Instrument zu bearbeiten?

Das ist die Frage, die über die Zuckersteuer hinausweist.

Deutschland steht vor Problemen, die tatsächlich schwierig sind: wirtschaftliche Stagnation, demografischer Wandel, Migration, marode Infrastruktur, Bürokratie, geopolitische Unsicherheit, Digitalisierung und eine überforderte öffentliche Verwaltung.

Wenn schon bei einer Zuckersteuer die politische Führung nicht in der Lage ist, Maß zu halten, Ziel und Instrument auseinanderzuhalten und den eigenen Verwaltungsapparat auf eine klare Linie zu verpflichten, dann darf sie sich über die Skepsis der Bürger gegenüber der Handlungsfähigkeit des Staates nicht wundern.

Lars Klingbeil hat die Wahl.

Er kann sagen: Das ist mein Konzept. Ich stehe dafür ein. Dann muss er sich der politischen Auseinandersetzung stellen.

Oder er kann sagen: Das ist ein Entwurf meines Hauses, der so nicht kommt. Dann sollte er allerdings erklären, warum sein Haus überhaupt einen solchen Entwurf vorlegen konnte.

Beides wäre politische Führung.

Die dritte Möglichkeit wäre Führungslosigkeit: Das Ministerium machen zu lassen und anschließend so zu tun, als sei man überrascht, dass aus einer Zuckersteuer ein bürokratisches Monstrum geworden ist.



Das wäre nicht nur Kontrollverlust. Das wäre das Eingeständnis, dass der Minister seinen eigenen Apparat nicht im Griff hat.

Lars Klingbeil hat die Möglichkeit jetzt zu zeigen, dass er die politische Mitte und seine Verantwortung dafür verstanden hat. Oder er zeigt, dass auch sein Ministerium Zukunft nicht mehr gestaltet.